
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

EUGH-URTEIL ZU BLUTSPENDEN VON HOMOSEXUELLEN

29.04.2015

Anlässlich des Urteils des Europäischen Gerichtshof, wonach der generelle Ausschluss homo- und bisexueller Männer von der Blutspende in Frankreich diskriminierend sein kann, erklärte der schwulen- und lesbenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Jürgen LENDERS: „Wir fordern die Regierung auf, dieses Urteil zum Anlass zu nehmen, um gemeinsam mit der Ärztekammer endlich die auch in Deutschland aktuell stattfindende Diskriminierung homosexueller Männer zu beenden. Das geltende Verbot entspricht nämlich einem Weltbild aus dem letzten Jahrhundert, das zu einer Zeit entstanden ist, in der Schwulen ein exzessiver Lebenswandel unterstellt worden ist. Das Urteil des EuGH trägt endlich den realen Tatsachen Rechnung und verlagert die Debatte in die gegenwärtige Lebenswirklichkeit: Statt aufgrund einer bloßen Zugehörigkeit zu einer vermeintlichen „Risikogruppe“ muss der Ausschluss von der Blutspende aufgrund eines konkreten unsafes Verhaltens erfolgen. Und es dürfte keinen Zweifel daran geben, dass eine „safe“ oder „unsafe“ Ausgestaltung des individuellen Sexuallebens in der Verantwortung eines jeden Einzelnen liegt – vollkommen unabhängig von der sexuellen Orientierung.“

Weiter erklärte Lenders, der 2013 gemeinsam mit dem Grünen-Politiker Klose bei einer Blutspendeaktion im Hessischen Landtag abgewiesen wurde:

„Die Unterstellung, dass von homosexuellen Männern alleine wegen ihrer sexuellen Orientierung eine größere Gefahr bei Blutspenden ausgeht, ist damit eine klare Diskriminierung. Jede Blutspende wird mehrfach auf Infektionen überprüft und die Spender werden bei Befunden informiert. Auf diese Weise leisten die Blutspendedienste auch eine wichtige Arbeit für die Früherkennung von Infektionen.

Vor allem jedoch sind die Blutspendedienste dringend auf alle Spender angewiesen, da

es immer wieder zu Engpässen kommt, wenn die Blutkonserven knapp werden. Wer schwule Männer also per se als Spender ausschließt, der schadet letztlich damit den Menschen, deren Leben von einer Blutspende abhängen kann.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de